

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 101 (2018)
Heft: 3: Brauchen wir einen staatlich konzessionierten Islam?

Artikel: Religionspolitik und Islam : Politik soll neutrale Räume schaffen
Autor: Schröter, Susanne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1091296>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politik soll neutrale Räume schaffen



Die Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter versucht, zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu vermitteln.

VON PROF. DR. SUSANNE SCHRÖTER

Trotz aller wissenschaftlichen Sachlichkeit ist Susanne Schröter gerade die Wahrnehmung von Säkularisierungsprozessen ein Anliegen – im Islam wie in der Gesellschaft. Ebenso wichtig ist ihr die Überwindung einer auf Theologie zentrierten Politik und eines Umgangs mit «dem Islam», der Vielfalt und Tiefenschärfe ausser Acht lässt. Ihre Überlegungen widerspiegeln die politische Islam-Diskussion in Deutschland, sie sind aber auch für die Schweiz wertvoll.

Die oft reflexhaften Beiträge zur Islam-Debatte aus der Politik sind ein Ergebnis unserer immer pluralistischer werdenden Gesellschaft, in der alte Gewissheiten verloren gehen. Die Frage nach dem identitären «Wir» mit allen dazugehörigen Implikationen, d. h. der Definition von Zugehörigkeit sowie möglichen Ein- und Ausschlüssen von Gruppen, stellt sich nur in Transformationsphasen. Ausserhalb dieser Phasen gibt es keinen Grund, sich mit solchen Dingen auseinanderzusetzen. Zunehmende Multikulturalität ist eine Stress-

situation, in der das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung stark wird – insbesondere dann, wenn Zuwanderer mit eigenen starken kollektiven Identitäten aufwarten, wie wir dies beispielsweise bei einem Teil der Türkeistämmigen oder auch bei vielen Muslimen sehen. Das fordert selbst diejenigen heraus, die Konstruktionen wie Nation oder Heimat eher ablehnend gegenüberstehen, selbst auch ein Kollektiv zu benennen, dem sie angehören. Dahinter steht die Angst, als Individuen dem Ansturm neuer Kollektive nicht gewachsen zu sein.

Volk, Nation, Leitkultur

Die Benennung eines adäquaten Kollektivs, mit dem man sich identifizieren kann, ist allerdings alles andere als einfach. Der Begriff des «Volkes» wurde aus gutem Grund beiseitegelegt, der der «Nation» ist ebenfalls nicht unproblematisch, und was denn die deutsche Kultur sein soll, darüber muss man erst mal nachdenken. Der Bezug auf die Verfassung taugt nur begrenzt, weil Identität auch etwas emotional aufgeladenes ist. Die Idee der Leitkultur, die auf den syrischstämmigen Politikwissenschaftler Bassam Tibi zurückgeht, wurde jahrelang politisch in die rechte Ecke gestellt und die neue Beschwörung des Christlichen ist angesichts der schwindenden Bindekraft der Kirchen anachronistisch. Eine positive Bestimmung fällt jedenfalls aus vielerlei Gründen schwer, obwohl es begründete Proteste gab, als die ehemalige Staatsministerin für Integration Özugus den Deutschen jegliche eigene Kultur absprechen wollte. Eine negative Benennung gelingt meist einfacher. Es fällt leichter zu artikulieren, wen und was man als fremd empfindet, als zu definieren, was denn das Eigene ist.

Hohle Rhetorik

Gegenwärtig ist es der Islam, der die Rangliste des kulturell Fremden anführt. Das liegt an dem Auftrumpfen von muslimischen Verbandsvertretern, die unablässig Sonderrechte für die eigene Community fordern und abschlägige Bescheide postwendend als «islamophob» brandmarken. Ein weiterer Grund sind aber auch die vielen geplanten oder sogar durchgeführten Anschläge im Namen des Islams. Deshalb sind viele Menschen der Ansicht,

der Islam gehöre nicht zu Deutschland, und deshalb lässt sich mit diesem Statement Politik machen. Leider sind die Beiträge zu diesem Thema – gleich ob sie die Frage positiv oder negativ beantworten – meist so unterkomplex, dass sie keinen sinnvollen Beitrag zu dem genannten Problem darstellen. Sie erschöpfen sich vielmehr in hohler Rhetorik und lassen sich dadurch beliebig von unterschiedlichen politischen Lagern instrumentalisieren.

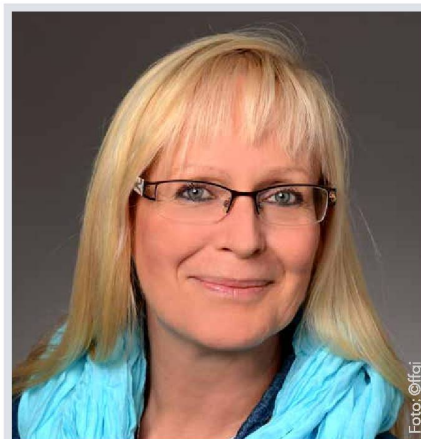
Es fehlt definitiv an einer Wahrnehmung der Realität: Der Islam ist eine heterogene Religion mit vielen unterschiedlichen Strömungen. Er wird aber von Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft regelmässig auf die Form verengt, die von konservativen oder sogar fundamentalistischen Verbänden angeboten wird.

Instrument der türkischen Regierung

Es ist unbegreiflich, warum Verbandsvertreter ohne Not als einzige Repräsentanten «des» Islams in Beiräte und andere Gremien gerufen werden, liberale, humanistische und säkulare Muslime und Musliminnen aber keine Beachtung finden. Selbst vor Kooperationen mit DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) scheuen viele Politiker und zivilgesellschaftliche Dialogbeauftragte nicht zurück, obgleich in den vergangenen Jahren vielfach nachgewiesen wurde, dass die Organisation nichts anderes ist als ein Instrument der türkischen Regierung, um ihre Politik in Deutschland durchzuexerzieren. Kriegspropaganda, Einschwören auf einen heiligen Krieg im Namen Allahs, Märtyrerkult und aggressive Anti-Integrationsrhetorik werden entweder verdrängt oder

in Kauf genommen, weil man glaubt, Muslimen dadurch die viel beschworene «gesellschaftliche Teilhabe» gewähren zu können.

Unverdrossen versucht man in den grossen muslimischen Verbänden das Pendant christlicher Kirchenvertreter zu finden, obwohl unübersehbar ist, dass in dieser Religion keine vergleichbaren hierarchischen Strukturen existieren. Der Schaden, der entsteht, ist



Die Ethnologin und Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter ist Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI) an der Goethe Universität Frankfurt. In der von ihr geleiteten ForscherInnengruppe werden kulturelle und politische Transformationen in islamisch geprägten Gesellschaften und in Gesellschaften mit starken islamischen Minderheiten untersucht. Regionale Schwerpunkte sind Südostasien, Nordafrika und Deutschland. Im Mittelpunkt stehen Probleme ethnischer, kultureller und religiöser Pluralität sowie die Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten.

In ihrem Buch «Gott näher als der eigenen Halsschlagader. Fromme Muslime in Deutschland» (2016) hat sie ihre dreijährige Forschungsarbeit, die sie in Wiesbadener Moscheegemeinden durchgeführt hat, zusammengetragen.

immens, weil man so alle Muslime und Musliminnen verprellt, die demokratisch und säkular gesinnt sind.

Im Moment wird zwar von einzelnen politischen Akteuren bekundet, dass man die Kooperationen mit Muslimen auf breitere Füße stellen und auch liberale Muslime einbeziehen möchte, doch in der Praxis ist davon noch wenig zu sehen. Ein erster Schritt wäre, die Islamkonferenz für Liberale und Säkulare zu öffnen, so wie es bei der ersten Runde ja bereits der Fall war. Sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene müssten neue Gruppen geschaffen werden, um Muslime in ihrer Heterogenität zu repräsentieren. Das muss natürlich gegen den Widerstand der Fundamentalisten durchgesetzt werden, die einen exklusiven Vertretungsanspruch besitzen und gern behaupten, für alle Muslime zu sprechen.

Rückgriff auf das Christentum

Leider wird von der Politik nicht der Säkularismus gegen den politischen Islam aufgebaut, sondern man versucht einen Rückgriff auf das Christentum als neue Leitkultur. Das ist der gesellschaftlichen Realität nicht angemessen und führt auch politisch in die Irre. Grundsätzlich sollte die Politik in einer pluralistischen Gesellschaft neutrale Räume schaffen, um Konflikte im Namen von Religionen zu begrenzen. Staatliche Einrichtungen sind der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Bürger und Bürgerinnen verpflichtet, unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Hautfarbe, Geschlecht oder anderen Markierungen. Das kann nur gelingen, wenn auch Religionen, religiöse Symbole und Religionszugehörigkeiten keine privilegierte Rolle einnehmen. ■

BUCH | BESPRECHUNG

Flucht aus Saudi-Arabien – zwei Frauen erzählen

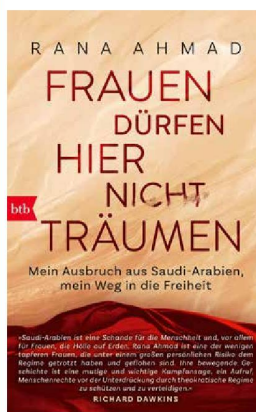
Rana Ahmad und Kholoud Bariedah sind beide aus Saudi-Arabien geflohen und leben nun in Deutschland. Ihre Biografien überlappen sich. Und doch, das zeigen ihre Bücher, ihre Geschichten unterscheiden sich auch. Spannend zu lesen sind sie beide.

Kholoud Bariedah wählte einen deftigen Einstieg in ihre Geschichte: Sie erzählt von ihren Alpträumen – sie wird die Erinnerungen an ihre Gefangenschaft nicht los, kann die Schicksale der Frauen, die an den Haftbedingungen zugrunde gingen, nicht vergessen. Dass Kholoud selbst im Frauengefängnis von Mekka landete, ist für westliche Leser kaum fassbar. Sie war 20 und hörte mit vier Freundinnen und Freunden in einer Wohnung Musik. Doch jemand hatte Wind von dieser illegalen Party gekriegt, auf einmal stürmen Männer der Religionspolizei herein. Bestraft wird sie mit Haft und Stockschlägen. Die Rückblende auf die Zeit im Gefängnis bildet einen gewichtigen Teil der Erzählung Bariedahs. Sie erzählt vom Psychoterror der Betreuerinnen, von den Freundschaften, aber auch von den Streitereien unter den Insassinnen.

Rana Ahmad blendet in ihrer Biografie in die Zeit ihrer Kindheit zurück, er-

zählt, wie sie sich mit zehn Jahren auf den Sommerurlaub in Syrien gefreut hatte. Ihr Vater hatte ihr ein Fahrrad geschenkt, das sie in Saudi-Arabien jedoch nicht fahren durfte. Die junge Rana genießt die Freiheit, die ihr das Rad bietet, und erledigt mehrfach alleine Einkäufe für ihre Oma. Doch nach ein paar Tagen folgt der Schock. Der Grossvater ermahnt sie: «Grosse Mädchen dürfen nicht mit dem Fahrrad fahren.» Und es kommt noch schlimmer: Er bringt Ranas Eltern dazu, ihre Tochter zu verschleiern. Zum ersten Mal spürt sie, dass sie als Mädchen weniger Rechte hat und ahnt, wie ungerecht dieses System ist. Sie durchlebt Jugendjahre, die sie traurig stimmen.

Beide Frauen werden als junge Erwachsene berufstätig, können sich aber mit den Normen der saudischen Gesellschaft nicht anfreunden. Sie beginnen am Glauben, in den sie hineingeboren wurden, zu zweifeln, geben ihn schliesslich auf. Und beschliessen zu fliehen, um der Enge zu entkommen, aber auch aus Angst. Denn der Abfall vom Glauben wird schwer bestraft. Und jeder, den sie in ihr Geheimnis einweihen, bedeutet für sie auch ein Risiko.



Rana Ahmad:
Frauen dürfen hier nicht träumen
Mein Ausbruch aus Saudi-Arabien,
mein Weg in die Freiheit
Erschienen 15.01.2018
Verlag btb, 320 Seiten
ISBN 978-3-442-75748-0

Kholoud Bariedah:
Keine Tränen für Allah
Wie ich von Tugendwächtern verurteilt wurde und dem Frauengefängnis von Mekka entkam
Erschienen 01.02.2018
Droemer Knaur Verlag, 320 Seiten
ISBN 978-3-426-21434-3

«Politik soll neutrale Räume schaffen», das Interview mit Susanne Schröter: www.saekulare-sozis.de